



STELLUNGNAHME DES LFB KRIMINALPOLIZEI

Strukturveränderungen der Kriminalpolizei Hamburg

Der Landesfachbereich der Kriminalpolizei der GdP nimmt Stellung zum politischen Auftrag, sich an der Umstrukturierung der Polizei Hamburg zu beteiligen und möchte auf einige, uns in diesem Prozess wesentlich erscheinende Punkte eingehen und diese zur Diskussion stellen.

Vorangestellt möchten wir betonen, dass wir die Notwendigkeit von Neuerungen durchaus unterstreichen können und diese neue Form des Beteiligungsprozesses grundsätzlich als sehr positiv bewerten und begrüßen.

Wir haben deshalb auf der Grundlage von Schwachstellenanalysen und fachlichen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt und beim Projekt angeregt, dass derartige Evaluationen über Organisations- und Arbeitsabläufe auch in Zukunft durchgeführt werden sollten, um damit eine bessere Optimierung auch in der Zukunft zu erreichen. Dieser Vorschlag stieß bei der Projektleitung auf breite Zustimmung! Mit den Verantwortlichen des Projektes wurde ausführlich und konstruktiv das Papier der GdP diskutiert. Weiterhin haben wir die Wichtigkeit hervorgehoben, dass den Gewerkschaften im weiteren Prozess die Möglichkeit gegeben wird, diesen unterstützend und kritisch zu begleiten. Bereits in der letzten Woche hat der Vorstand des Fachbereiches seinen Diskussionsbeitrag dem Polizeipräsidenten vorgestellt. Hier konnten viele inhaltliche Übereinstimmungen, u. a. für den Bereich alternierende Telearbeit festgestellt werden. Dies entspricht der Ankündigung von Senator Michael Neumann, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern zu wollen. Wir möchten eine größtmögliche Beteiligung unserer Mitglieder an unserer Arbeit als Vorstand für den Fachbereich Kriminalpolizei erzielen.

Darüber hinaus halten wir es zudem für außerordentlich wichtig, dass gerade in diesem laufenden Prozess auch die Gewerkschaften sich zusammenfinden. Wir

rufen somit als Fachbereich Kriminalpolizei der GdP die DPolG und den BdK ausdrücklich dazu auf, sich mit uns zu einem Gedankenaustausch über die Belange der Kriminalpolizei zusammzusetzen! Dies kann für alle Kolleginnen und Kollegen – insbesondere im Hinblick auf deren sozialen Belange und Arbeitssituation – nur von Vorteil sein!

1) Situation an den KED

Die Einrichtung der Kriminalermittlungsdienste an den PK zur Bearbeitung der Kriminalität, die eine örtliche Zusammenarbeit notwendig macht, ist aus Gründen der Bürgernähe oder der Notwendigkeit, in gewissen Deliktsbereichen über Milieukenntnisse verfügen zu müssen, grundsätzlich sinnvoll gewesen. Bedingt durch die kleinteilige Zersplitterung der Dienststellen, räumliche Gegebenheiten und den vorgegebenen Führungsstrukturen ist es jedoch zu einer Situation gekommen, die verbesserungswürdig erscheint.

Die Überlegungen, ob die KED, an denen das Fallaufkommen faktisch den Erhalt der Mindeststärke 1:2:9 nicht rechtfertigt, in dieser Form so noch erhalten bleiben können, müssen wieder unternommen werden. Gleiches gilt für die Dienststellen, die mit einer derart kleinen Personaldecke ausgestattet sind, dass effektiveres und flexibleres Agieren, was z. B. Verfahren mit umfangreicheren Sachverhalten anbelangt, nicht darstellbar ist. Als unbefriedigend muss zudem auch die Führungsstruktur für den Laufbahnzweig Kriminalpolizei auf der örtlichen Ebene bezeichnet werden. In den 90er Jahren wurden die Kriminalkommissariate jeweils durch Kriminalbeamte geleitet. Nach der Zusammenlegung mit den Polizeikommissariaten rückte die Funktion des KED-Leiters dann vielerorts in das zweite Glied. Durch die Regelung, den Stabsleiter an einigen PK ebenfalls durch einen höheren Dienst zu besetzen, ist der KED-Leiter dort in der heutigen Zeit nicht einmal mehr Dienststellenleitervertreter und nach dem heutigen Beurteilungssystem auch noch nicht einmal mehr an der Beurteilung aller sei-

ner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt. Die Kriminalpolizei wurde somit nach und nach aus den obersten Leitungsfunktionen auf der Ebene der Polizeikommissariate zurückgezogen. Eine einheitliche Zusammenführung kriminalpolizeilicher Arbeit in der Fläche gestaltet sich damit, was Planung, Strategie und Koordination anbelangt, ausgesprochen schwierig.

2) Situation in der ZD 6

Die ZD 6 ist mit ihren diversen Zuständigkeitsbereichen in der täterorientierten Sachbearbeitung oder im mittelschweren Kriminalitätsbereich tätig. Ein Vorteil der bestehenden Organisation ZD 6 liegt darin begründet, dass durch eine einheitliche Führung schnell auf plötzlich auftretende Kriminalitätsphänomene im mittelschweren Bereich reagiert werden kann. Diese meist überörtlichen, zumindest aber über PK-Grenzen hinaus existierenden Phänomene liegen nicht selten im Fokus der Öffentlichkeit, eine zügige und intensive Bearbeitung ist somit geeignet, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung besonders zu stärken. Durch konzentrierte Fallbearbeitung haben sich hier eine angemessene Zahl an Kolleginnen und Kollegen in der spezialisierten Sachbearbeitung und Durchführung weitergehender Ermittlungsmaßnahmen wie z. B. TKÜ, Observationen etc. qualifiziert, weshalb adäquat auf die Phänomene reagiert werden kann. Folgende Erfolgsfaktoren definierten die Dienststellenleitungen der ZD 6 für die Aufgabenverteilung und Organisation ihrer Dienststelle:

- Gemeinsame Standards in der Sachbearbeitung und ein einheitliches Verständnis darüber
- Keine gelebten oder gefühlten Zuständigkeitsgrenzen, da eine Zuständigkeit für die gesamte Stadt Hamburg besteht
- Vertrauen und Solidarität dienststellenübergreifend innerhalb der gesamten ZD 6
- Eine einheitliche gelebte Führung, die auch eine Orientierung für die Kollegen vermittelt

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

- bedingt durch die Größe der Dienststelle Flexibilität, z. B. was die Handhabung neuer Auftragszuständigkeiten anbelangt.

Die bestehenden Aufgabenbereiche der ZD 6 wurden teilweise aus den Zuständigkeiten der Fläche und des LKA herausgezogen. Durch diese neue Zuteilung sind in Teilbereichen Schnittstellenproblematiken entstanden. Optimierungsmöglichkeiten bestehen somit auch hier. Im Grundsatz ist das Modell jedoch als erfolgreich einzustufen.

3) LKA

Eine grundlegende Strukturveränderung des LKA ist weder vom politischen Auftrag gefordert noch aus hiesiger Sicht dort notwendig. Dennoch muss auch hier wie in allen Bereichen der Kriminalpolizei evaluiert werden, wo Anforderungen an die Sachbearbeitung gestiegen/gesunken oder Ressourcen freigeworden sind, um

diese dann effektiver nutzen zu können. Dies könnte z. B. in der Überprüfung der Größe von Sachgebieten geschehen oder der Möglichkeit, Rufbereitschaften auch dienststellenübergreifend durchzuführen.

4) Strukturüberlegungen

Für den Landesfachbereich Kriminalpolizei der GdP ergeben sich aus dem Vorangelegten nachstehende Überlegungen zu strukturellen Veränderungen:

Strukturelle Anbindung der Aufgabenbereiche der ZD 6

Aus dem Auftrag, die Zweigliedrigkeit unter der gleichzeitigen Stärkung der Arbeit an den Polizeikommissariaten und des LKA zu prüfen, dürfte zu schließen sein, dass hier die Frage nach der Auflösung der ZD 6 im Raume steht. Für eine solche Neuangliederung der Aufgabenbereiche können unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten herangezogen werden.

Grundsätzlich muss dabei unterschieden werden, dass es hier Aufgabenbereiche gibt, die eine zentralisierte, andere, die eine örtliche Anbindung möglich oder auch nötig machen.

Eine Zentralisierung der Sachbearbeitung ist vor allem dort angeraten, wo Fachverstand und Ressourcen gebündelt werden müssen oder die überörtliche Anbindung an andere Bundesländer oder Staaten die Bereitstellung derartiger Zentralstellen erfordert. Dies ist im Besonderen bei Serienerkennung überörtlich oder zumindest über PK-Grenzen hinaus agierender Täter notwendig.

Dem entgegen ist Dezentralisierung dort von Vorteil, wo Täter im sozialen Nahraum agieren und Kenntnisse über Milieubegebenheiten die überwiegenden Vorteile bei der Ermittlungsarbeit bieten.

Hierbei muss der Bereich der Intensivtäterbearbeitung gesondert betrachtet werden. Eine Übernahme der Bearbeitung der Intensivtäter unter Beibehaltung der bestehenden Standards durch die Kriminalermittlungsdienste würde zumindest mit einer Einrichtung von Rufbereitschaften dort einhergehen müssen. Dafür müsste eine Personalstärke von mindestens 18 Kolleginnen und Kollegen vorgehalten werden, die alle rufbereitschaftsfähig sein müssten. Das Erfordernis eines ausreichend starken Personalkörpers spricht somit für eine zentrale Anbindung, die Tatsache, dass hier aber zudem auch Milieukenntnisse für die Ermittlungsarbeit notwendig sind, für eine dezentrale Lösung. Letztere stellt sich jedoch aufgrund des Erfordernisses der Einrichtung von Rufbereitschaften als schwierig dar. Demzufolge

erscheint es denkbar, eine mögliche Verteilung in die Fläche, jedoch nicht zu kleinteilig, zu gestalten.

Die oben bereits genannten Erfolgsfaktoren der ZD 6 sollten als grundlegende Überlegungen, ob Dienststellen zentralisiert oder in die Fläche gegeben werden, mit einfließen und als Zielvorgabe dienen. Eine Zersplitterung von Zuständigkeiten in Aufgabenbereichen mit gleicher deliktischer Ausrichtung sollte umgangen werden.

Wo die einzelnen Aufgabenbereiche letztendlich angebunden werden sollen, hängt aber auch entscheidend von der personellen Ausstattung der einzelnen Organisationsbereiche ab. Sollte diese im Zweifel nicht in ausreichendem Maße gewährleistet sein, um z. B. notwendige Rufbereitschaften durchführen zu können, muss eine Verlagerung ins LKA erfolgen.

Strukturelle Überlegungen für die örtliche Ebene

Möglichkeiten zur Stärkung der örtlichen Ebene liegen zum einen in einer deutlichen Verbesserung der Führungsstruktur dort. Hier stellt sich die Frage, ob die unterschiedlichen Kriminalermittlungsdienste der örtlichen Polizeikommissariate nicht auf einer übergeordneten Ebene unter einer einheitlichen und kriminalpolizeilich geprägten Führung gestellt werden sollten. Gerade für die Zusammenführung von Informationen und Strategie kann es notwendig sein, dass eine übergeordnete Ebene Fachaufsicht und Koordination wahrnimmt, um eine bessere Orientierung und Identifikation der Kolleginnen und Kollegen in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich und damit eine höhere Motivation und Arbeitszufriedenheit zu gewährleisten.

Der bestehenden Diskrepanz, die KED vor Ort an den Polizeikommissariaten zu belassen, eine personelle Aufstockung der kleinen Dienststellen aus haushaltspolitischen Vorgaben und räumlichen Einschränkungen jedoch nicht möglich ist, könnte dadurch begegnet werden, die KED nach kriminalgeographischen Überlegungen jeweils zu dritt oder viert unter ca. sechs bis acht Einheiten zusammenzufassen, wobei die einzelnen KED jeweils sachgebietsspezifisch ausgerichtet werden. Durch eine solche Anbindung könnte eine Möglichkeit der Zusammenführung von Serien bewirkt werden, der Einsatz von Personal würde sich flexibler gestalten können und umfangreichere Verfahren in diesem Bereich bewältigt werden. Darüber hinaus könnte die Situation auf der mittleren Führungsebene der KED ver-

Fortsetzung auf Seite 4



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96 - 0
Telefax (0 40) 28 08 96 - 18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclasen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438



AKTION DER JUNGEN GRUPPE DER GdP

„Polizistinnen und Polizisten sind AUCH MENSCHEN und keine Maschinen!“

Eine außerordentlich erfolgreiche Aktion der GdP in der Hamburger Innenstadt: Pressevertreter und politisch Verantwortliche in Hamburg begleiteten die Aufsehen erregende Aktion der Jungen Gruppe der GdP.

Viele interessierte Passanten wurden in Gesprächen auf die schwierigen Spannungsfelder zwischen Beruf und dem privaten Bereich unserer Kolleginnen und Kollegen hingewiesen.



Joachim Fritsche und Patrizia Metzger engagieren sich für die wichtige Aktion.

Die Botschaft der Aktion: „Der Mensch hinter der Uniform wird immer weniger gesehen, es wird zunehmend gepöbelt, gespuckt und auch vor massiver Gewaltanwendung gegenüber Polizistinnen und Polizisten schon lange nicht mehr zurückgeschreckt. Das Gewaltphä-



„Auch Mensch“ fand ein großes Medien-echo.

nomen gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten hat erheblich zugenommen.

Sowohl bei Großeinsätzen als auch im polizeilichen Alltag begegnet ihnen eine Gewaltbereitschaft, die bisher nicht be-



Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Andreas Dressel, informierte sich aus erster Hand.

kannt war. Polizistinnen und Polizisten sind AUCH MENSCHEN und keine Maschinen, die auf Knopfdruck funktionieren und zu ersetzen sind. Auch sie haben Familie, Freunde und Bekannte, die sich um sie sorgen.“ Die Attraktivität des Polizeiberufs dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden!

Ein hohes Maß an Verständnis und Sympathie für den Menschen aber auch für unsere Kolleginnen und Kollegen in ihrem Beruf waren die Folge. Tausende von eigens für diese Aktion hergestellte

Informationskarten wurden mitten in der Innenstadt verteilt.

Fast ausnahmslos wurde „die Polizei“ für ihre Arbeit gelobt. Zudem fanden sich Politiker der SPD, CDU und FDP an den Infotischen der GdP ein.

Den Politikern wurde verdeutlicht, dass vernünftige Beförderungsperspektiven und die vollständige Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge die unabdingbaren Voraussetzungen für hoch motivierte Kolleginnen und Kollegen sind.



Fotos: R. Goebeler



Fortsetzung von Seite 2

bessert werden. Die Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei erhalten über die Funktionen WH/V oder DGL/V die Möglichkeit, an Führungsfunktionen herangeführt zu werden. Eine vergleichbare Qualifikationsmöglichkeit besteht für die Kriminalbeamten nicht. Hier könnten Perspektiven eröffnet werden, weitere Motivationen geschaffen werden mit Einführung einer Funktion SGL/V, insbesondere bei größeren Sachgebieten.

Zum anderen kann die Fläche durch Übernahme einzelner Auftragszuständigkeiten oder den Intensivtäterbereich gestärkt werden.

Auswirkungen für das LKA

Eine Stärkung des LKA ergibt sich aus der möglichen Übernahme verschiedener Aufgaben aus der ZD, der Zusammenführung von Aufgabenbereichen mit gleicher deliktischer Ausrichtung sowie aus der dargelegten Analyse im eigenen Bereich.

5.) Veränderungsvorschläge im Detail:

Deliktfelder, die an den Kriminalermittlungsdiensten vorrangig bearbeitet werden, haben einen enghen Bezug zum sozialen Nahraum der Bürger. Eine Zuständigkeit, die an Örtlichkeiten geknüpft ist, macht hier somit durchaus generell Sinn. Es steht aber z. B. zu überprüfen, ob einzelne Aufgabenbereiche in der bisherigen Handhabung so weitergeführt werden sollten. Daneben gibt es jedoch auch Verbesserungsmöglichkeiten in den alltäglichen Arbeitsabläufen.

Internetkriminalität/IT

Es könnte z. B. angedacht werden, die bislang im Sachgebiet Allgemeines bearbeitete Internetkriminalität besser auf einer überörtlichen Ebene zentral zusammenzufassen. Der örtliche Bezug ist hier meist nicht maßgebend. Bedingt durch immer weiterführende technische Neuerungen und damit auch neue Möglichkeiten, diese zu kriminellen Machenschaften zu nutzen, ist für eine erfolgreiche Aufklärung eine ständig durch Weiterbildung qualifizierte Sachbearbeitung notwendig. Ebenso bedarf es einer ausreichenden Anzahl an Fachleuten, die zentral die Auswertungssysteme von Computerdaten bedienen. Eine Zentralisierung wäre in diesem Bereich durchaus sinnvoll.

Jugend- und Beziehungsgewalt

Das Sachgebiet Jugend- und Beziehungsgewalt stellt mit seinen unterschiedlichen Maßnahmen, die zu treffen sind, den vielfältigen Meldewegen und Formu-

larvorlagen einen arbeitsintensiven Ermittlungsbereich dar. Hier wird die Kriminalpolizei häufig präventiv und im sozialen Bereich tätig. Ein Herunterfahren dieser Maßnahmen würde sicherlich zu einer Arbeitserleichterung führen. Da hier jedoch hohe Rechtsgüter wie Leib oder Leben betroffen sind und der politische Auftrag, Jugendliche wieder auf den richtigen Weg zu bringen, auch ein erhöhtes öffentliches Interesse berührt, muss dieser Bereich mit ausreichend guten Kapazitäten ausgestattet sein. Einsparungen sollten hier nicht geplant werden. Jedoch könnte angeregt werden, Zuständigkeiten in diesem Bereich klarer abzugrenzen, einheitliche Lebenssachverhalte durchgehend in einer Hand bearbeiten zu lassen (Bsp. Sexualdelikte in Beziehungsgewaltsachverhalten). Dies wäre auch ein Faktor für Bürgernähe, da der Bürger sich nicht an ständig wechselnde Sachbearbeiter wenden müsste. Problematisch stellt sich in diesem Bereich dar, dass er sich einerseits durch eine hohe persönliche Verantwortung in der Sachbearbeitung und andererseits durch geringe Messbarkeit des Arbeitserfolges auszeichnet.

Onlineanzeigen

Weiterhin ist auch der Bereich „Onlineanzeigen“ zu überprüfen. Dieses als Serviceleistung für den Bürger eingeführte Verfahren wird von diesem häufig nicht als ein solches wahrgenommen. Faktisch stellt jede Onlineanzeige eine anonyme Anzeige dar, die Daten des Anzeigenden müssen jeweils erst durch eine Vernehmung verifiziert werden.

Dies stößt häufig auf Unverständnis seitens des Bürgers. Hinzu kommt, dass die Anzeigenerstattung per Internet oftmals qualitativ verständlicherweise nicht den Standards der Anzeigenaufnahme bei der Polizei entspricht und somit nicht selten vom Sachbearbeiter/Sachbearbeiterin nachgebessert werden muss. Dies stellt eine Doppelarbeit auf beiden Seiten dar. Aus den genannten Gründen sollte man somit überlegen, dieses Verfahren aufzugeben oder zumindest dessen Abläufe zu optimieren.

Zusammenarbeit mit der StA

Nicht zuletzt bedarf es einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft.

Durch klare Absprachen über Richtung und Umfang von Ermittlungstätigkeiten könnten hier Ressourcen sinnvoller eingesetzt werden. Es müssen gemeinsame Standards, die sich an der zu erwartenden Strafandrohung bemessen, erarbeitet werden. Sinnvoll erscheint es weiterhin, die Zuständigkeiten der StA an die KED zu binden.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Auftrag zu Neustrukturierung enthält ausdrücklich auch die Prüfung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade auf der Ebene der KED sind viele Teilzeitbeschäftigte zu finden. Die sogenannte alternierende Telearbeit bietet die Möglichkeit, unter gewissen Voraussetzungen die Einrichtung eines „Home Offices“ zu betreiben. Dies würde für die Kolleginnen und Kollegen, ggf. auch für Vollzeitkräfte, eine Möglichkeit darstellen, Familie mit dem Beruf besser in Einklang bringen zu können. Für Teilzeitkräfte bestünde hier überdies auch die Möglichkeit, ihre Wochenarbeitszeit heraufzusetzen, weil es ihnen eher möglich ist, abends Zuhause zu arbeiten, als tagsüber Kinderbetreuung zu organisieren. Dies hätte somit den Vorteil, dass Stunden akquiriert würden, die Arbeit insgesamt auf breitere Schultern verteilt werden könnte.

6) Schlusswort:

Der Vorstand des Landesfachbereiches Kriminalpolizei der GdP möchte bei all diesen Überlegungen betonen, dass für uns als Grundlagen aller Überlegungen für eine Neuorganisation zum einen von Bedeutung ist, dass die Kriminalpolizei das Lagebild über die Orts- und Milieubegebenheiten nicht aus den Augen verliert. Gerade bei der Kriminalität im örtlichen Bereich kann dies hilfreich für den Erfolg der Ermittlungsarbeit sein. Wir sprechen uns damit für eine gute und enge Zusammenarbeit zwischen Schutz- und Kriminalpolizei aus. Auf der anderen Seite muss die örtlich agierende Kriminalpolizei arbeitsfähig gestaltet werden. Durch die Schaffung von leistungsfähigen Organisationseinheiten unter einer einheitlichen Führung kann die Möglichkeit geschaffen werden, diese in die Lage zu versetzen, Ermittlungsarbeit über die Abarbeitung von Massenkriminalität hinaus auch auf umfangreichere Verfahren hin auszudehnen und zu koordinieren. Dies kann für diesen Arbeitsbereich nur förderlich sein. Weiterhin erscheint es uns unter der im Auftrag gesetzten Maßgabe der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig, bei allen Überlegungen zur Umorganisation auf die Bedingung der Sozialverträglichkeit der neuen Strukturmodelle für die Kolleginnen und Kollegen hinzuweisen. Dies ist insbesondere bei Überlegungen zur Einrichtung von neuen Rufbereitschaften und/oder Schiebediensten zu bedenken.

**Der Vorstand des Landesfachbereiches
Kriminalpolizei (GdP)**



RECHTSPRECHUNG

Schmerzensgeld nach Beleidigung eines Polizeibeamten

Mitunter ist es sehr mühsam und wenig erbaulich für Polizeibeamte ein Schmerzensgeld zu erstreiten, da die Zivilgerichte überwiegend sehr zurückhaltend im Hinblick auf Schmerzensgeldansprüche nach Beleidigungen von Polizeibeamten sind.

„Rambo und Psychopath“

Das AG Hamburg-Mitte (Az.: 6 C 454/09) hat demgegenüber für einen Polizeibeamten nun ein Schmerzensgeldanspruch in Höhe von 250 € ausgereurteilt. Dem lag zugrunde, dass ein Polizeibeamter im Rahmen einer Verkehrskontrolle von dem Beklagten als „Rambo“ und „Psychopath“ betitelt wurde. Das Ge-

richt führt aus, dass es dahinstehen könne, ob und inwieweit sich der Beklagte gegebenenfalls provoziert gefühlt haben könne. Unstreitig habe der Beklagte den laufenden Polizeieinsatz zur Kenntnis genommen und er müsse insofern alle sich daraus ergebenden Maßnahmen erdulden. Ihm stünde kein Rechtfertigungsgrund dafür zur Seite, den an diesem Einsatz beteiligten Menschen in Uniform zu beleidigen.

Beleidigung ist kein Kavaliersdelikt

Aus unserer Sicht sind dies erfreulich deutliche und unmissverständliche Worte, denen nichts hinzuzufügen ist. Es kann gar nicht häufig genug deutlich gemacht werden, dass es sich bei Beleidigungen von Po-

lizeibeamten eben nicht um ein Kavaliersdelikt handelt und jeder Polizeibeamte einen Anspruch auf Schmerzensgeld hat, wenn seine Persönlichkeitsrechte verletzt wurden.

Das Urteil des AG Hamburg-Mitte „brummt“ dem Beklagten zudem die Rechtsanwaltskosten und die Gerichtskosten auf, so dass dieser Beklagte sich mit Sicherheit beim nächsten Mal zweimal überlegen wird, ob er seinem Ärger in dieser Form Luft macht. Der Polizeibeamte wurde von allen Kosten freigehalten. Das Urteil des AG Hamburg-Mitte sollte Mut machen, im Falle von Beleidigungen neben der strafrechtlichen Verfolgung auch Schmerzensgeldansprüche zu verfolgen.

Rechtsanwältin Katharina Gilden-zoph, Rechtsanwälte ARP – GÜLDEN-ZOPH – MEEDER, www.agm-rechtsan-waelte.de

GdP ONLINE

Anmelden für den Mitgliederbereich

Sicher, es ist ein etwas komplizierter Vorgang, sich als GdP-Mitglied für den geschlossenen Mitgliederbereich der GdP anzumelden.

Aber wenn ihr die drei notwendigen Schritte gemacht habt, die sich aufgrund von datenschutzrechtlichen Notwendigkeiten ergeben, steht euch die vielschichtige Informationswelt für GdP-Mitglieder offen.

Eine umfangreiche Literaturdatenbank, eine Informationsdatenbank zur Föderalismusreform oder das Aktivprogramm für Senioren sowie diverse Broschüren zu aktuellen Themen kann man neben vielen weiteren Angeboten exklusiv für GdP-Mitglieder nach der Anmeldung im geschlossenen Mitgliederbereich finden.

Also: ab auf die GdP-Seite und sich anmelden!

Es gibt keinen Grund, noch länger zu zögern.



Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg

Asthma – Therapie mit Erfolgsgarantie

Krimmler Wasserfälle schaffen nachhaltige Linderung für Asthmatiker über einen nachgewiesenen Zeitraum von vier Monaten



Verbringen Sie zwei Wochen im **Nationalpark Hohe Tauern**, wohnen Sie in allergikerfreundlichen Hotels unterschiedlicher Kategorien und kombinieren Sie Ihren Aufenthalt mit einem täglichen einstündigen Aufatmen an den **Krimmler Wasserfällen**.

Begleitet wird Ihr Gesundheitsurlaub von einem Mitarbeiter der Paracelsus Universität.

Interessiert?

Nähere Informationen unter:
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH

Hindenburgstr. 49

22297 Hamburg

Tel.: 040 / 28 08 96 22 und -23

Fax: 040 / 28 08 96 27

e-mail: psw-reisen-hamburg@gdp-online.de



BILDUNGSANGEBOT

Seminar des Fachbereichs Wasserschutzpolizei

Nachdem das Seminar im letzten Jahr ausfallen musste, wollen wir es in diesem Jahr noch einmal versuchen. In der Feuerweherschule in Rendsburg wollen wir uns vom 15. bis 19. Oktober 2012 mit dem Thema: „Problematik des Schichtdienstes in Beruf und Gesellschaft“ auseinandersetzen.

Rendsburg bietet für unser Seminar mit den Räumlichkeiten der direkt am NOK gelegenen Feuerweherschule optimale Bedingungen: gut ausgestattete Tagungsräume, nettes Personal, hervorragendes Essen und das passende Ambien-

te für eine gemütliche Nachbereitung am Abend. Und nicht zu vergessen die vielen motivierten Kollegen, die mit uns zusammen versuchen wollen, die Arbeitsbedingungen für die Wasserschutzpolizei weiter zu verbessern. Die Teamer Holger Stoll und Ray Goebeler würden sich freuen, wenn sich besonders junge und engagierte Kollegen angesprochen fühlen und „mal etwas bewegen wollen“. Gerade für Kollegen, die noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, kann diese Veranstaltung ein guter Einstieg sein.

Natürlich wird neben gewerkschaftlichen Themen auch ein entsprechendes maritimes, WS-gerechtes Programm geboten. Vorgesehen ist ein Besuch bei der

WSP Schleswig-Holstein, bei der Verkehrszentrale für den NOK und der Lotsenbrüderschaft.

Anmeldungen werden ab sofort telefonisch in der GdP-Geschäftsstelle, Tel.: 0 40/28 08 96-17 oder per E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de entgegengenommen.

Für die Veranstaltung kann Sonderurlaub gemäß Nr. 6 HmbSUrIR beantragt werden.

Der Eigenanteil für das Seminar beträgt 50 € pro Teilnehmer.

Auf zahlreiche Anmeldungen und eine gute Zeit freut sich

euer Fachbereich WSP

GRATULATION

Ein ganz besonderer Geburtstag!

Für die Angehörigen der Familie Weiße und der Ehefrau Hildegard war der 7. März 2012 ein ganz besonderes Datum und mit einer sehr großen Aufregung verbunden, denn an diesem Tag wollten sie ihren Vater, Schwiegervater und Opa Friedrich Weiße hochleben lassen und gratulierten während eines Empfanges zum 100. Geburtstag!



K. P. Leiste gratulierte Friedrich Weiße im Namen der GdP.

lizeipräsidium umgesetzt und war dort zuständig für die Erarbeitung einer neuen Verkehrsplanung.

Während seiner Dienstzeit arbeitete er lange Zeit mit einem sehr guten Kollegen zusammen, dem Vater unseres jetzigen Polizeipräsidenten Herrn Wolfgang Kopitzsch, und so war es auch nicht verwunderlich, dass an diesem Ehrentag der Polizeipräsident persönlich gratulierte.

In ein paar Wochen steht noch ein besonderes Ereignis bevor, denn dann wollen die Eheleute Hildegard und Friedrich Weiße ihre „Eiserne Hochzeit“ feiern!

Der Landesbezirksvorstand wünscht unserem langjährigen Mitglied und seiner Ehefrau weiterhin alles Gute und noch viele glückliche Jahre, verbunden mit bester Gesundheit.

Klaus-Peter Leiste

Anzeige

**Notdienst der
Glaserinnung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**

Firmenungebundene
Auftragsannahme



50 JAHRE DANACH!

Gedenkfeier
anlässlich der
Sturmflut von 1962

Am 16. Februar lud der Hamburger Senat zu einer großen Gedenkfeier in den großen Festsaal des Rathauses ein und dort erinnerte der Erste Bürgermeister Herr Olaf Scholz in seiner Rede an die Opfer der Sturmflut vom 17. Februar 1962 und würdigte die vielen eingesetzten Helferinnen und Helfer aus dem In- und Ausland, die sofort bereitstanden und Menschenleben retteten und die Flutopfer mit den nötigsten Hilfsgütern versorgten.



Beeindruckende Veranstaltung im Rathaus.
Foto: K. P. Leiste

Viele Flutopfer standen vor dem Nichts. Sie verloren ihre Angehörigen und ihr Hab und Gut! Noch heute werden zwei Flutopfer aus der Flutopferstiftung unterstützt, so der Stiftungsvorsitzende Herr Hans-Peter Streng in seiner Rede.

Unter den eingeladenen Gästen waren auch viele Kolleginnen und Kollegen, die damals unermüdlich und bis zur Erschöpfung gekämpft haben, um aus dem Überschwemmungsgebiet Menschenleben mit Booten zu retten.

Auch jetzt noch dankt der Landesbezirksvorstand den Kolleginnen und Kollegen für die damals geleistete Rettungsarbeit.

Für alle Anwesenden war es eine sehr bewegende und nachdenkliche Gedenkfeier, die das damalige Geschehen in Erinnerung holte. Klaus-Peter Leiste

DANK FÜR LANGE MITGLIEDSCHAFT

GdP Hamburg
ehrt seine Jubilare

Traditionell lässt es sich der Landesbezirk Hamburg nicht nehmen, seine langjährigen Mitglieder im Rahmen einer Veranstaltung im Hotel Lindner zu ehren. Der Dank galt diesmal allen Mitgliedern, die in 2011 25, 40, 50 oder sogar 60 Jahre Mitglied in der Gewerkschaft waren.

nioren, sowie unseren Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle Petra Holst und Steffi Orgel erhielt jede und jeder Jubilar neben einer Urkunde sowie einer Ehrennadel auch ganz persönliche Worte von Uwe Koßel.

Und auch untereinander gab es viele interessante Gespräche. Zum Teil unter dem Motto: weißt du noch, aber auch immer mit dem Blick auf die aktuellen Ent-



Herzlichen Glückwunsch zur 60-jährigen Mitgliedschaft!

Foto: K. P. Leiste

Ein ansprechendes Ambiente im „Carl-Hagenbeck-Saal“ des Hotel Lindner in unmittelbarer Nähe von Hagenbecks Tierpark. Bei Kaffee und Kuchen fand der Landesvorsitzende der GdP Hamburg, Uwe Koßel, zu den jeweiligen Jahrgängen besondere Eindrücke, die der Erwähnung bedurften.

Unterstützt von Klaus-Peter Leiste, Vorsitzender des Landesfachbereichs Se-

wicklungen in „unserer“ Polizei in Hamburg. Und für Anfang 2013 ist der Saal erneut gebucht. Es gilt dann wieder, diese Tradition fortzuführen. Und diesmal würden wir uns sehr freuen, wenn alle Jubilare des Jahres 2012 denn nach Stellungen finden. Wir freuen uns auf unsere langjährigen Mitglieder. Weitere Fotos sind unter gdp.de/hamburg im LFB Senioren veröffentlicht.

ANKÜNDIGUNG

Mitgliederversammlung im April

Unsere nächste Mitgliederversammlung des Fachbereichsvorstandes Senioren findet

am Dienstag, dem 10. April
2012, um 15.00 Uhr

in der Kantine des Polizeipräsidiums statt.

Auf der Mitgliederversammlung am 10. April 2012 wird unser ehemaliger GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, auf Einladung des Fachbereichsvorstandes seinen Vortrag über die schreckliche Mordserie der

„Zwickauer Terrorzelle“
unter den Augen
der Sicherheitsbehörden“

vor den GdP-Senioren in der Kantine des Polizeipräsidiums wiederholen, den er anlässlich des Neujahrsempfang der DGB-Senioren im Berufsförderungswerk Farmsen gehalten hatte. Wir danken Konny für seine Bereitschaft und freuen uns auf einen interessanten Vortrag mit anschließender Diskussionsrunde.

Euer Fachbereichsvorstand



WIR GRATULIEREN ZUM/ZUR

70. Geburtstag

- 5. April 2012 Harald Könecke
- 13. April 2012 Ursel Ochs
- 16. April 2012 Volker Schubert
- 21. April 2012 Derk Hedden
- 30. April 2012 Dieter Gosewinkel

75. Geburtstag

- 2. April 2012 Sonja Bergfeldt
- 4. April 2012 Hartmut Ernst

80. Geburtstag

- 10. April 2012 Reinhard Luderer
- 30. April 2012 Peter Bücking

85. Geburtstag

- 1. April 2012 Ilse Philipp
- 3. April 2012 Hans-Jürgen Westphal
- 12. April 2012 Edith Moritz

86. Geburtstag

- 3. April 2012 Emil Gerdau
- 6. April 2012 Hans-Friedrich Grothe
- 22. April 2012 Ingeburg Lange,
Helga Möser

87. Geburtstag

- 4. April 2012 Harald von Hacht
- 8. April 2012 Helga Kruckenberg
- 14. April 2012 Wilhelm Albrecht

88. Geburtstag

- 25. April 2012 Walter Gülck
- 27. April 2012 Ursula Herold

89. Geburtstag

- 12. April 2012 Elisabeth Meißner
- 21. April 2012 Stanislaw Stadthoewer
- 22. April 2012 Hubert Kuhnert
- 23. April 2012 Erika Koch

90. Geburtstag

- 3. April 2012 Gerhard Buchwald
- 12. April 2012 Egon Ziercke

91. Geburtstag

- 26. April 2012 Rudolf Kattner

92. Geburtstag

- 10. April 2012 Ingeburg Fröhlich
- 22. April 2012 Lucia Kersten

93. Geburtstag

- 1. April 2012 Erich Eggers
- 6. April 2012 Herta Witt

97. Geburtstag

- 3. April 2012 Horst Jeschke

104. Geburtstag

- 13. April 2012 Frida Roß

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr ge-

stattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung.
Tel.: 0 40/28 08 96-17.

wohlverdienten Ruhestand

- 2. April 2012
Manfred Holling PHK PK 47
- 11. April 2012
Klaus Behncke PHK PK 27
- 13. April 2012
Ulrich Schran EPHK WSP 0330
- 17. April 2012
Ernst-Otto Schuldt PHK WSPR 4
- 20. April 2012
Michael Beeck PHK ÄD3VM
- 28. April 2012
Gundula Thiele-Heckel KHK LKA 533

eisernen Hochzeit

- 8. März 2012
Heinz Langhof und Frau
- 2. April 2012
Friedrich Weisse und Frau Hildegard

Aufgepasst!

Hinweis an die Tarifangestellten und Verwaltungsbeamten mit Sondervereinbarungen:

Wir möchten euch noch einmal darauf hinweisen, dass sich euer Mitgliedsbeitrag im Ruhestand verringert. Daher meldet euch in der Geschäftsstelle, Tel.: 0 40/28 08 96-0 (Ansprechpartner: Frau Holst/Frau Orgel).

STERBEFÄLLE

Anzeige



Ich bin ein Vorsorger!

Ich geh' gern auf Nummer sicher – auch bei meinem Finale auf Erden. Komme, was wolle: Alles ist jetzt in besten Händen.



- | | |
|---|---|
| 8. Januar 2012
Gertrud Aue Krankenschw. i. R.
Ä101/KÄD (89) | 10. Februar 2012
Peter Ahrens PK i. R. PK 21 (68) |
| 13. Januar 2012
Heinz Beyer POK i. R. A 413 (85) | 11. Februar 2012
Heinz Corleis PHM i. R. WSPK 2 (90) |
| 16. Januar 2012
Paul Wörmke PHM i. R. LPV 223 (88) | Fritz-Herbert Schoch PHM i. R. PR22 (84) |
| 17. Januar 2012
Rudolf Dwenger PHM i. R. PRV 53 (92) | 13. Februar 2012
Manfred Borchard PHM i. R.
LPV 2122 (75) |
| 26. Januar 2012
Willi Hübler PHK i. R. PK 23 (80) | 14. Februar 2012
Günther Klatt IM in MV PD 43 (78) |
| 29. Januar 2012
Gerhard Stippkugel PD i. R. VT 20 (85) | 28. Februar 2012
Carl-Heinz Lendner PHM i. R.
PD 121 (81) |
| 6. Februar 2012
Werner Manno KOK i. R. FK 35 (92) | 29. Februar 2012
Hans-Joachim Paß PHK i. R. PK 382 (60) |

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.

